

Pressemitteilung

Zivilgesellschaftliches Engagement lässt sich nicht aberkennen

Jülich. Das Finanzamt hat dem Trägerverein des globalisierungskritischen Netzwerks Attac die Gemeinnützigkeit entzogen. „Attac sei zu politisch und kommt dem Bildungsauftrag zur Demokratieschulung nicht nach“, so die Argumentation der Behörde. Noch vor einigen Wochen hat Bundespräsident Joachim Gauck bei einer Rede Attac wegen ihres zivilgesellschaftlichen Engagements gelobt.

„Wir sehen dies als klares politisches Signal, uns den Boden zu entziehen, da von nun an, Spenden an die Organisation nicht mehr steuerlich absetzbar sind“, Marita Boslar (Attac). Attac sieht sich als basisdemokratische Organisation, die einen politischen Bildungsauftrag leistet: Sie hält Vorträge zu kritisch aktuellen Themen (TTIP – Freihandelsabkommen), veranstaltet Sommerakademien und Workshops. Bei regelmäßigen Treffen können sich Mitglieder und Nichtmitglieder über politische Inhalte austauschen. Die Jülicher Attac-Gruppe unterstützt das Anti-Atom-Bündnis „Westcastor“ bei Aktionen, führte die Unterschriftenaktionen gegen Fracking (1800 Unterschriften) und TTIP (1200 Unterschriften) durch. Attac hat bundesweit 28.500 Mitglieder und die im Haushalt etwa 1,5 Millionen Euro werden durch Mitgliedsbeiträge und Spenden finanziert. „Was wir jetzt brauchen ist eine Debatte darüber, was uns bürgerliches Engagement wert ist“, Marita Boslar von Attac Inde-Rur. „Es kann nicht sein, dass Schützenvereine als gemeinnützig anerkannt werden, wenn sie neben dem Schießsport auch das Schützenbrauchtum fördern.“ Der Trägerverein mit Sitz in Frankfurt hat gegen die Entscheidung des Finanzamtes Einspruch eingelegt und ist bereit notfalls zu klagen.

E-Mail: maritaboslar@aim.com

Links: www.attac-netzwerk.de/inde-rur